

aktuell



Equal Pay Day
Gleiches
Recht -
Gleiches
Einkommen

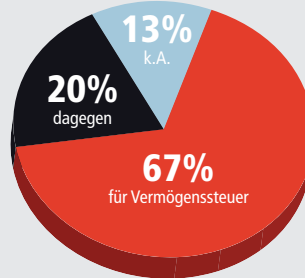
Noch immer sehen Frauen am Ende des Monats um ein Drittel weniger Geld auf ihrem Kontoauszug als ihre männlichen Kollegen. Das muss sich ändern. Denn die Einkommensschere klappt in Österreich im europäischen Vergleich besonders weit auseinander. Die SPÖ-geführte Regierung hat mit dem einkommensabhängigen Kindergeld, mit der Gehaltstransparenz und mit dem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen bereits wesentliche Maßnahmen gesetzt, die die Weichen in Richtung Einkommensgerechtigkeit stellen. Die Weiterführung der Anstoßfinanzierung für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen ist ein Meilenstein mehr, der dazu führen wird, die Fraueneinkommen an die der Männer heranzurücken. Über die weiteren Pläne der SPÖ, Frauen zu mehr Einkommensgerechtigkeit zu verhelfen, hat „SPÖ Aktuell“ Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek interviewt (Seite 7).

Eure Redaktion



Der Budgetsprecher der SPÖ, Jan Krainer, erläutert im „Österreich 2020“-Kommentar, warum die Millionärssteuer eine verteilungspolitische Notwendigkeit ist und verweist auf das historische Beispiel der USA in den 30er Jahren. Seite 14

Millionärssteuer



Quelle: Gallup/„Österreich“, 19.09.2011 | Grafik: SPÖ

Zwei Drittel dafür

Die Bevölkerung steht mit großer Mehrheit hinter der SPÖ-Forderung nach einem größeren Beitrag der Reichen mit einem Vermögen von mehr als einer Million Euro. Mehr als zwei Drittel – 67 Prozent – sprachen sich in einer Gallup-Umfrage für eine Reichensteuer aus.

Was der ÖVP zu denken geben sollte: Auch 61 Prozent ihrer eigenen Wähler sind für die Millionärssteuer. ♦

Zitat der Woche

„Eines der größten Probleme ist, dass die Arbeit der Frauen geringer bewertet wird, obwohl der Kollektivvertrag die gleiche Bezahlung vorsieht. Und das ist ganz einfach eine Ungerechtigkeit!“

ÖGB-Präsident Erich Foglar



Lehmann

Gesundheitsminister Alois Stöger schützt Jugendliche per Gesetz vor den Risiken sogenannter „Legal Highs“ (neuartige synthetische Drogen).

Neues Gesetz gegen „Legal Highs“

Handel und Herstellung von sogenannten „Legal Highs“ werden strafbar. In Zukunft können per Verordnung ganze Substanzgruppen verboten werden. Gesundheitsminister Alois Stöger will damit die zumeist jugendlichen Konsumentinnen und Konsumenten schützen, denn die „legalen Alternativen zu Drogen“ bergen, da die Auswirkungen des Konsums nicht erforscht werden, unabschätzbare gesundheitliche Risiken. „Das kann auch lebensbedrohlich sein. Es gibt keinerlei Qualitätskontrolle“, kritisiert Stöger. Für Hersteller und Händler ist das Geschäft mit der jugendlichen Neugier ein lukratives, denn Sanktionen hatten sie bisher nicht zu befürchten – jetzt drohen Freiheitsstrafen. Die Konsumenten werden nicht kriminalisiert. Die Hersteller entwickeln in hoher Geschwindigkeit immer neue Substanzen. In Zukunft werden statt einzelner Substanzen ganze Substanzgruppen verboten. Die Liste kann schnell erweitert werden. ♦

Europa

Erfolg: EU-Kommission will Finanztransaktionssteuer



Bundestkanzler Werner Faymann hat sich immer wieder für die FTS stark gemacht. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso hat die FTS nun angekündigt.

Die EU-Kommission hat sich dafür ausgesprochen, ab 2014 eine EU-weite Finanztransaktionssteuer einzuführen – ein Erfolg für die SPÖ und Bundeskanzler Faymann, der seit langem dafür kämpft.

Die EU-weite Finanztransaktionssteuer (FTS) soll Einnahmen von 55 Mrd. Euro pro Jahr bringen. Der Vorschlag der Kommission entspricht inhaltlich weitestgehend dem, was auch die SPÖ seit langem fordert:

- » Käufe und Verkäufe von Wertpapieren sollen mit einer Steuer von 0,1 Prozent (Aktien) bzw. 0,01 Prozent (Derivate) belegt werden.
- » Nicht betroffen sind private Abhebungen vom Sparguth oder Kontoüberweisungen.

- » Die Einnahmen sollen den nationalen Budgets zugute kommen.

Für Bundeskanzler Werner Faymann, der sich seit 2008 in der EU für einen Beitrag der Spekulanten stark macht, ist diese Ankündigung der EU „bisher einer der wichtigsten Schritte zu mehr Verteilungsgerechtigkeit“. Für Österreich könnte eine FTS Erträge von 500 Millionen bis zu einer Milliarde Euro bringen.

Jetzt gilt es, auch diejenigen Länder zu überzeugen, die sich noch gegen die FTS sträuben. ♦



STANDPUNKT

Entpolitisierung als Strategie?

Die schwarz-blauen Skandale der letzten Wochen haben nachhaltig das Vertrauen in die Politik erschüttert. Hier gilt es rasch und sorgfältig aufzuklären. Daraus aber die Politik als Ganzes zu verurteilen ist falsch. Manchen kommt das nämlich gerade recht, sie generalisieren „die Politik“ – scheren alles über einen Kamm. Entpolitisierung als Strategie?



Bereits 90 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher empfinden eine starke soziale Ungerechtigkeit. Was würde passieren, wenn diese 90 Prozent organisiert aufstehen?

Beim Gewerkschaftstag der GdG-KMSfB letzte Woche, hat der Vorsitzende Christian Meidlinger richtigerweise gesagt: Viele wollen die Gewerkschaft abschaffen, aber es braucht uns heute mehr denn je! Seit mehr als 30 Jahren hat man die Deregulierung und Liberalisierung gepriesen. Jetzt sollen aber die Verluste von der Mehrheit getragen werden, während gleichzeitig eine kleine Minderheit immer reicher wird. Gewinne nehmen zu – Löhne bleiben gleich. Prekäre Arbeitsverhältnisse gehören zum Alltag, während den Unternehmen in Europa immer mehr Steuerschlupflöcher zugestanden werden. Damit muss Schluss sein!

In Spanien ist bereits jeder zweite Jugendliche und in Griechenland jeder dritte Jugendliche arbeitslos – die Krise wird zuerst auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen. In England hat diese Angst vor der Zukunft eine ganze „verlorene Generation“ auf die Straße und zu Gewaltakten getrieben. Und das in Europa, nur wenige tausend Kilometer von uns entfernt!

Das Wirtschaftswachstum ist von der Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer abhängig. Durch die durch Inflation entstandene Teuerung steigen die Kosten für viele Produkte des täglichen Lebens. Die Teuerung schafft natürlich auch Mehreinnahmen für den Staat, aber auch höhere Gewinne für die Unternehmen. Das muss sich aber auch in den Netto-Löhnen widerspiegeln – durch Lohnerhöhungen und durch die Entlastung der Löhne.

Und jetzt? Jetzt gibt es jene, die von der generellen Unfähigkeit der Politik reden – eine Entpolitisierung fordern. Jene, die mal mehr mal weniger subtil die

Zurückdrängung des Staates fordern. Aber gerade jetzt braucht es mehr denn je eine Politik, die sich um jene kümmert die es nicht alleine schaffen. Jene, die nicht einen sicheren Managerjob mit Jahresgagen haben, die die meisten ihr ganzes Leben nicht annähernd verdienen.

Ich will die Politik nicht frei von Eigenschuld sprechen: Die schwarz-blauen Machenschaften waren sicher der Höhepunkt einer Verlotterung der Sitten und noch einmal: Es gehört rasch und sorgfältig aufgeklärt! Ich verstehe auch die Frustration, wenn wegen Mehrheitsverhältnissen und Föderalismus einiges zu langsam geht. Ich verstehe auch, dass politische Auseinandersetzungen nicht immer sympathisch wirken. Aber man darf sich nicht täuschen lassen – viele die jetzt generalisierend über die Politik schimpfen, verfolgen keinen aufklärerischen Ansatz. Vielmehr ist es ihnen lieber, der Volkszorn richtet sich gegen die Politik im Allgemeinen als gegen die ungerechte Verteilung. Es ist ihnen lieber, die Menschen verstreuen sich mit ihren individuellen Interessen, als sie engagieren sich in Gewerkschaften und machen Druck bei Lohnverhandlungen.

„Jetzt braucht es mehr denn je eine Politik, die sich um jene kümmert die es nicht alleine schaffen.“

Bereits 90 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher empfinden eine starke soziale Ungerechtigkeit. Was würde passieren, wenn diese 90 Prozent organisiert aufstehen? Wenn sie sagen, dass sie nicht mehr bereit sind, die Ungerechtigkeit mitzutragen und den Gewerkschaften bei den Kollektivverhandlungen und der Sozialdemokratie bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verteilungsgerechtigkeit den Rücken stärken?

Die Politik verliert an Vertrauen und damit an Legitimität und Gestaltungskraft. Aber wer profitiert davon? Natürlich jene, die es sich auch ohne Politik richten können. Es braucht nicht weniger, sondern mehr Politik! Es braucht nicht weniger Staat, sondern mehr! Es braucht nicht weniger, sondern mehr Demokratie!

Das beste Beispiel dafür ist die Gewerkschaft. Dort wo die Gewerkschaften stark organisiert sind, erzielen sie bei Lohnverhandlungen beste Ergebnisse. Dort, wo wenige bei der Gewerkschaft organisiert sind, gibt es deshalb weniger gute Ergebnisse. Klar ist, dass politische Skandale wie die Machenschaften rund um die Telekom restlos aufgeklärt gehören. Richtig ist: Es gibt gute und schlechte Politiker, auch korrupte – aber die Mehrheit die es nicht ist. Man muss der generellen Entpolitisierung entgegengetreten – denn es gibt einen Verlierer und das ist die Demokratie. ♦



Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laura.rudas





USA-VISITE

Bundeskanzler Werner Faymann hat mit seiner Frau Martina am Abendempfang von US-Präsident Barack Obama und seiner Frau Michelle teilgenommen.

Arbeitsbesuch in

Mit Bundeskanzler Werner Faymann, Bundespräsident Heinz Fischer und Außenminister Michael Spindelegger war Österreich hochrangig bei der 66. UNO-Generalversammlung vertreten. Der Kanzler traf in New York bedeutende Persönlichkeiten aus aller Welt.

In Gesprächen mit Journalisten und Politikern wurde Kanzler Faymann hauptsächlich zur Euro-Krise und zum Wirtschaftswachstum in Europa befragt.

„Ich sage, dass die Krise noch nicht vorbei ist, wir rechnen ja für nächstes Jahr mit einem geringeren Wachstum“, gab der Bundeskanzler Auskunft. Die Diskussion

auf EU-Ebene müsse daher sinnvolle Einsparungen sowie zusätzliche Einnahmen umfassen. Faymann berichtete vom Vorschlag der Europäischen Kommission für



Bundeskanzler Werner Faymann traf den ehemaligen Gouverneur Kaliforniens Arnold Schwarzenegger auf dem Dach der Sportarena „Stapples Center“ vor der Skyline von Los Angeles ...



... und besuchte später mit ihm die Zukunftslabors für „grüne“ Energie an der Technischen Elite-Uni „Caltech“ in Pasadena. Dabei wurden die effizientesten Solarzellen der Welt und Treibstoffe, die den CO₂-Ausstoß um 80 Prozent senken sollen, gezeigt.

New York

eine EU-weite Finanztransaktionssteuer ab 2014. In der ebenfalls thematisierten Palästinenserfrage – der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas hat die Vollmitgliedschaft Palästinas bei der UNO beantragt, die Entscheidung wurde vertagt – setzte Österreichs Regierungsspitze auf die Vermittlungstätigkeit des Nahost-Quartetts (EU, UNO, USA, Russland). Ein von Catherine Ashton, der außenpolitischen Beauftragten der Europäischen

Union, verhandelter gemeinsamer EU-Vorschlag soll die Möglichkeit zu neuen bilateralen Friedensverhandlungen eröffnen. „Denn nur so ist dieser Konflikt zu lösen“, bekräftigte Faymann. Der Bundeskanzler führte im Rahmen seines USA-Besuchs eine Reihe von Gesprächen, darunter mit Nobelpreisträger Eric Kandel, mit der Hohen Vertreterin der EU für Außenpolitik, Catherine Ashton, mit EU-Ratspräsident Herman van Rompuy sowie mit

dem chilenischen Staatspräsidenten Sebastian Pinera. US-Präsident Barack Obama traf der Bundeskanzler bei einem Abendempfang. Gegen Ende der Reise sprach Faymann auch mit dem ehemaligen Gouverneur von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger. Bei einem von Schwarzenegger ausgerichteten Abendessen überreichte der Bürgermeister von L.A., Antonio Villaraigosa, Bundeskanzler Faymann eine Ehrenurkunde. ♦



In San Francisco war der Bundeskanzler mit dem kalifornischen Gouverneur Jerry Brown verabredet. Gesprächsthemen waren Beschäftigung und Green Technology. Faymann lud den demokratischen Politiker Brown im Rahmen von dessen geplanter Europa-Reise im kommenden Jahr auch nach Österreich ein.



Mit dem chilenischen Staatspräsidenten Sebastian Pinera sprach Faymann über die wirtschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika und Europa sowie mögliche Kooperationen bei Energie- und Umwelttechnologien.



Fotos: HBF

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon traf der Bundeskanzler in New York zum Gespräch.

FRAUEN

„Gleicher Lohn für gleiche

Nach wie vor erhalten Frauen weniger Einkommen als Männer. Die SPÖ-geführte Bundesregierung kämpft gegen diese Ungerechtigkeit mit einem Bündel an Maßnahmen.

INFO

55 Millionen Euro für mehr Betreuungsplätze

Die Regierung hat den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung beschlossen. Bis 2014 stellt der Bund den Ländern 55 Millionen Euro als Anstoßfinanzierung zur Verfügung.

„Damit entstehen 5.000 neue Plätze im Jahr, das sind insgesamt 20.000“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann.

Mit der Weiterführung der Anstoßfinanzierung ist ein weiterer Punkt des 90-Punkte-Arbeitsprogramms der Regierung umgesetzt worden. „Und das ist nicht etwas Abstraktes, sondern bedeutet etwas ganz Konkretes für die Menschen in unserem Land“, vor allem hinsichtlich einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Erfolgsgeschichte wird fortgesetzt

Mit dem Beschluss wird eine Erfolgsgeschichte fortgesetzt. Schon in den letzten drei Jahren konnten 24.000 neue Betreuungsplätze und 9.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Besonders die Betreuungssituation für Unter-Dreijährige soll verbessert und dem Barcelona-Ziel von 33 Prozent angenähert werden. Erstmals wird die Anstoßfinanzierung an eine Mindestöffnungszeit der Betreuungseinrichtungen gekoppelt. „Das war uns ein besonderes Anliegen und wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark erleichtern“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas zur neuen 15a-Vereinbarung mit den Bundesländern. Konkret beträgt die Mindestöffnungszeit derzeit 37 Wochen. Bis 2014 wird sie stufenweise auf 47 Wochen erhöht.



Fotolia

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Eckpfeiler zum Schließen der Einkommensschere.



Fotolia

Frauen arbeiten das Gleiche – erhalten aber ein Drittel weniger Einkommen am Monatsende. Das soll sich ändern.

Am 4. Oktober ist Equal Pay Day. An diesem Tag wird auf die Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern aufmerksam gemacht. Das Datum – es wird jedes Jahr anhand der jüngsten Zahlen der Statistik Austria neu berechnet – markiert jenen Tag, bis zu dem Frauen und Männer seit Jahresanfang gleich viel verdienen. Die letzten drei Monate des Jahres aber arbeiten Frauen – statistisch gesehen – gratis, während die Männer für ihre Arbeit weiter bezahlt werden.

Nach aktuellen Angaben der Statistik Austria belaufen sich die durchschnittlichen Netto-Einkommen der Männer auf 1.952 Euro monatlich, während die Fraueneinkommen rund ein Drittel niedriger sind, nämlich bei 1.337 Euro. Ein Ergebnis, mit dem Österreich im europäischen Vergleich knapp vor Estland das Schlusslicht bildet, wie der Global Gender Gap der EU zeigt.

Die SPÖ-geführte Regierung hat es sich zum Ziel gesetzt, das zu ändern. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat

Arbeit“

„Gegen diese Benachteiligung trete ich als Frauenministerin ein, seit ich im Amt bin.“

SPÖ-Frauvorsitzende, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

bereits etliche Maßnahmen umgesetzt, um hier Besserung zu schaffen (siehe Interview).

Christoph Matznetter, Präsident des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes, macht klar, dass ungerechte Bezahlung auch einen negativen wirtschaftlichen Effekt hat, nämlich den von demotivierten Mitarbeiterinnen und damit eine geringere Produktivität. Die Frage sei, welches Unternehmen sich das heute noch leisten kann. „Klein- und Mittelbetriebe hingegen setzen verstärkt auf die Förderung von Frauen, schon allein deswegen, weil immer mehr Frauen Unternehmerinnen werden“, erkennt Matznetter einen positiven Trend.

Ausbau der Kinderbetreuung notwendig

Neben der Tatsache, dass Frauen bloß weil sie Frauen sind, weniger bezahlt bekommen, ist die Frage der Kinderbetreuung das Um und Auf. „Mehr Kinderbetreuung bedeutet auch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Wahlfreiheit und mehr pädagogische Frühförderung“, erläutert SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. Besonders die Kleinen, die Unter-Dreijährigen sollen mehr Betreuungsplätze erhalten. Und die Anstoßfinanzierung wird daran geknüpft, dass der Kindergarten möglichst wenige Tage geschlossen hat. „Dass wir diese Schließtagsregelung erreicht haben, ist ein deutlicher Fortschritt“, sagt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Das gilt insbesondere auch in Hinblick auf den ursprünglichen Begutachtungsentwurf. Denn darin waren nur für Kinder, die über drei Jahre alt sind, bessere Öffnungszeiten vorgesehen. Mit der vorliegenden Vereinbarung hingegen sind jetzt auch die Unter-Dreijährigen erfasst. „Für den Verhandlungserfolg und ihre Überzeugungskraft ist Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu gratulieren“, betont die SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. ♦

INTERVIEW

„Schluss mit der Geheimniskrämerei“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek spricht mit „SPÖ Aktuell“ über Maßnahmen gegen die Einkommensschere und die Fortführung der Anstoßfinanzierung für die Kinderbetreuungseinrichtungen.



Lehmann

SPÖ-Frauvorsitzende, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will Frauen dazu motivieren, mehr Gehalt einzufordern.

„SPÖ Aktuell“: Frau Ministerin, Frauen verdienen rund ein Drittel weniger als Männer. Was wird dagegen unternommen?

Gabriele Heinisch-Hosek: Gegen diese Benachteiligung trete ich als Frauenministerin ein, seit ich im Amt bin. Auf gesetzlicher Ebene konnten wir zwei wichtige Maßnahmen durchsetzen: Betriebe – im ersten Schritt in der Größenordnung ab 1.000 Beschäftigte – müssen nun offenlegen, wie viel sie Frauen und Männern zahlen. Und in Jobinseraten ist ebenfalls Schluss mit der Geheimniskrämerei ums Gehalt. Da müssen Angaben zum Gehalt gemacht werden. Damit Bewerberinnen und Bewerber wissen, was sie fordern können. Das ist zwar bereits in Kraft, wird aber erst ab 1. Jänner 2012 sanktioniert. Jedenfalls bringen wir damit Licht ins Dunkel der Lohnunterschiede.

Aber oft wissen Frauen ja gar nicht, was ihnen für das Geldebüchel zustehen würde...

Heinisch-Hosek: Ab sofort haben Frauen ein neues Instrument in der Hand, um nachschauen zu können: Verdienne ich auch wirklich das, was mir zusteht? Mit meinem neuen Onlinegehaltsrechner, der ab 3. Oktober im Netz ist, kann man in vier einfachen Schritten herausfinden, ob man ein faires Gehalt bekommt. So können sich Frauen deutlich besser orientieren. Sie werden darüber informiert, wie viel Gehalt man erwarten und auch fordern kann. Damit

möglichst viele Frauen von diesem Gehaltsrechner wissen und davon profitieren können, werde ich auch eine Kampagne unter dem Motto „Damit die Rechnung aufgeht!“ starten.

Jetzt gab es eine Einigung über die Fortsetzung der Anstoßfinanzierung für die Betreuungseinrichtungen...

Heinisch-Hosek: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist natürlich eine wichtige Voraussetzung zum Schließen der Einkommensschere. Noch heuer werden zusätzlich zehn Millionen Euro und in den nächsten drei Jahren jeweils 15 Millionen Euro für neue Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Damit wird die Erfolgsgeschichte der Anstoßfinanzierung fortgesetzt. Schon in den letzten drei Jahren konnten wir 24.000 neue Betreuungsplätze und 9.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Diesen Weg gehen wir jetzt konsequent weiter.

Ein wichtiger Erfolg beim Schließen der Einkommensschere, auf den ich unbedingt hinweisen möchte, ist der Papamonat im öffentlichen Dienst. Das ist ein Modell, das hervorragend angenommen wird und dessen Einführung auch in der Privatwirtschaft finanzierbar ist. Wir könnten einen Kindergeldmonat von Vätern auf die Zeit unmittelbar nach der Geburt vorziehen. Und wir haben für 20 Prozent der Väter Kindergeld budgetiert, aber es gehen derzeit nur fünf Prozent in Karenz, daher ist Geld da. ♦

WEBTIPP

www.lohngerechtigkeit.at

Anlässlich des Equal Pay Day sind die SPÖ Frauen gemeinsam mit dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband und den FSG Frauen mit der Homepage **www.lohngerechtigkeit.at** online gegangen. Wichtige Informationen zur Lohngerechtigkeit, ein Link zum Gehaltsrechner und Tipps finden sich hier.

Termin: Am 29. September kann ab 14 Uhr auf www.lohngerechtigkeit.at live mit der Frauenministerin diskutiert werden.

NEUE MITTELSCHULE

Mit Stufenplan zum Vollausbau

Aus derzeit 434 Standorten der Neuen Mittelschule (NMS) werden 1.178 Standorte: Das ist das Ziel eines Stufenplans für den Vollausbau der Neuen Mittelschule, den Bildungsministerin Claudia Schmied vor kurzem fixiert hat.

Dervon Ministerin Schmied in enger Abstimmung mit den Landesschulrats-Präsidenten und gemeinsam mit ÖVP-Bildungssprecher Amon

HINTERGRUND

Der Stufenplan im Detail:

Im Schuljahr 2012/13 kommen 261 Neue Mittelschulen mit 660 neuen Klassen dazu. 2013/14 sind es 225 Schulen mit 496 Klassen, im Schuljahr 2014/15 folgen 154 Schulen mit 314 neuen Klassen. Und im Schuljahr 2015/16 werden schließlich 104 Neue Mittelschulen mit 216 neuen Klassen eröffnet. Dann sind alle Hauptschulstandorte in Neue Mittelschulen umgewandelt. Mehr Infos unter: www.bmukk.gv.at/ministerium/vp/20110923.xml



Mehr Neue Mittelschulen, mehr Bildung und mehr Chancen – das bringt der Stufenplan, den Bildungsministerin Claudia Schmied erarbeitet hat.

erarbeitete Stufenplan sieht vor, bis zum Schuljahr 2015/16 an allen bisherigen Hauptschul-Standorten den Umstieg auf

rigen werden dann diese neue Schulform besuchen und von den vielen Vorteilen der Neuen Mittelschule profitieren. ♦

OTS/Strasser

die Neue Mittelschule zu realisieren. „Alle AHS Unterstufen sind eingeladen, an diesem Erfolgsmodell teilzunehmen“, betonte Ministerin Schmied. Österreichweit gibt es derzeit 434 Neue Mittelschulen mit insgesamt 57.000 Schülerinnen und Schülern. Bei plangemäßer Umsetzung des Stufenplans werden im Schuljahr 2018/19 rund 238.000 Schülerinnen und Schüler an 1.178 Neuen Mittelschulen unterrichtet. Fast 70 Prozent der 10- bis 14-Jäh-

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

Hingehen und unterschreiben!

Für das Zukunftsthema Bildung kann es gar nicht genug Unterstützung geben: Vom 3. bis zum 10. November kann man für das „Volksbegehren Bildungsinitiative“ in den Gemeindeämtern unterschreiben.

Das von Hannes Androsch gestartete Bildungsvolksbegehren fordert ein faires Bildungssystem, das so früh wie möglich alle Begabungen des Kindes fördert. Bisher konnten für die Forderungen des Volksbegehrens (z.B. gemeinsame Schule, ganztägige Bildungseinrichtungen) rund 52.000 Unterstüt-

zungserklärungen gesammelt werden – notwendig sind 100.000. Hilf mit! Bildungsministerin Claudia Schmied sieht das Bildungsvolksbegehren als „große Unterstützung“ und wird es unterschreiben. Möglich ist das vom 3. bis zum 10. November in den Hauptwohn-

sitz-Gemeindeämtern. Personalausweis nicht vergessen! ♦



**ÖSTERREICH
DARF NICHT
SITZEN
BLEIBEN**

Alle Infos zum Bildungsvolksbegehren gibt's unter www.vbbi.at oder bei der Gratis-Info-Hotline 0800 204 400.

STEUERN

„Schluss mit den Großbauern-Privilegien“

Drei Forderungen von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter sollen Schluss machen mit den Privilegien von Großbauern.

Es muss endlich Schluss sein mit den Privilegienrittern unter den Großbauern“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und stellt fest, dass von ÖVP-Seite versucht wird, auf dem Rücken der bäuerlichen Kleinbetriebe Privilegien von ohnehin gut verdienenden großen Landwirten zu schützen. Kräuter fordert daher: „Erstens ist der Subventionsdschungel, mit dem den Großbauern Steuergeld und Subventionen in die Taschen gestopft wird, abzuholen. Zweitens darf in Zukunft nur mehr Kleinbetrieben eine steuerliche Pauschalierungsmöglichkeit gewährt werden, Großbetrieben muss eine steuerliche Gewinnermittlung nach einer Einnahmen-Ausgabenrechnung vorgeschrieben werden.“ Und drittens muss es bei Veräußerungsgewinnen durch Umwidmungen möglichst rasch eine angemessene Besteuerung geben. ♦



Zimmer

Kräuter fordert u.a. gerechte Steuern bei Veräußerungsgewinnen nach Umwidmungen.

Sachbuch

Generation Koffer

Von den Eltern verlassen, bei Verwandten aufgewachsen – das Buch handelt vom Schicksal von „Gastarbeiter“-Kindern türkischer Herkunft, die bei Verwandten zurückgelassen wurden.

Von Mitte der 70er bis in die 80er Jahre teilten die meisten Angehörigen der zweiten türkischen Gastarbeitergeneration das Schicksal des Kofferkinddaseins. Der Plan ihrer Eltern war es, für kurze Zeit nach Deutschland zu gehen, viel Geld zu sparen und schnell wieder zurückzukehren. Sie arbeiteten schwer und hatten oft mehrere Jobs. Da war für Kinder keine Zeit und kein Platz. Niemand konnte auf sie aufpassen. Die Wohnungen waren außer-

dem viel zu klein und Kinder kosteten Extrageld. Da schienen sie daheim bei den Großeltern besser versorgt. Anhand von acht Porträts zeichnet Gülcin Wilhelm die Lebensgeschichten der ehemaligen „Kofferkinder“ nach. Die Biografien der heute 35- bis 50-Jährigen zeigen eine Generation, die mitten im Leben steht, Kinder erzieht und Firmen leitet, aber andererseits mit einer schmerzhaften Vergangenheit konfrontiert ist. ◆

Sachbuch

Metastasen

Gianluigi Nuzzis und Claudio Antonellis Buch „Metastase“ bietet erhellende Einblicke in das Innenleben der 'Ndrangheta, einer der mächtigsten Mafia-Organisationen der Welt.

Das Werk basiert auf den Enthüllungen von Giuseppe Di Bella, der jahrzehntelang rechte Hand eines 'Ndrangheta-Bosses in Norditalien war und als einer der wenigen das Schweigegelübde gebrochen hat. Der Grund für Di Bellas neugewonnene Haltung lag im Tod seiner Frau im Jahr 2009. Di Bella versprach ihr auf dem Totenbett, sich aus den Fängen der 'Ndrangheta zu lösen, um dem gemeinsamen Sohn eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Der Kronzeuge kennt

das Geheimnis um Gianni Versaces Tod und hat es gewagt, sein Wissen den italienischen Aufdecker-Journalisten Gianluigi Nuzzi und Claudio Antonelli preiszugeben. Auch wird in diesem Buch geschildert, wie souverän und unbehelligt sich die 'Ndrangheta in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit Jahrzehnten bewegt. Den Autoren gelingt es, den Lesern das Innere dieser Verbrecherorganisation höchst spannend zu schildern. ◆

Sachbuch

Anti-Sarrazin

Stanicic widerlegt in seinem Buch die Thesen aus Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ und bietet Argumente gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit und Sozialdarwinismus.

Für die einen spricht Thilo Sarrazin unbequeme Wahrheiten aus, für die anderen verbreitet er dumpfen Rassismus. Das Buch von Sascha Stanicic liefert nun nicht nur Argumente gegen Sarrazins Behauptungen und Forderungen, sondern es versucht den Hintergrund der so genannten Integrationsdebatte zu erklären und stellt Rassismus und Sozialabbau in einen geschichtlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang. Ausführlich wird die

Islamfeindlichkeit als neue Form des Rassismus analysiert und konkrete Vorschläge für linke Positionierungen etwa zu Kopftuch- und Integrationsdebatte, Moscheebau etc. gemacht. Auch werden die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Frage des Zusammenhangs von Genen und Intelligenz zusammengefasst und das Phänomen des Rechtspopulismus beleuchtet. Nicht zuletzt macht der Autor Vorschläge für linke Alternativen zu Sarrazin. ◆

☐ Stk.


Gülcin Wilhelm:
Generation Koffer. Die zurückgelassenen Kinder.
Orlanda Frauenverlag GmbH,
Berlin 2011;
174 S., 18,40 €

☐ Stk.


C. Antonelli, G. Nuzzi:
Metastasen.
Ecowin Verlag, Salzburg 2011;
279 S., 21,90 €

☐ Stk.


H. Potzinger, M. Maier:
Unsre verletzten Gefühle.
Albatros Verlag, Wien 2011;
190 S., 17,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Familienplanung ist zentraler Faktor

Die Weltbevölkerung wächst stetig. Ein Grund dafür: Familienplanung ist in vielen Entwicklungsregionen schlicht nicht möglich. Ein unhaltbarer Zustand, findet Entwicklungssprecherin Petra Bayr.

Kommenden Oktober werden sieben Milliarden Menschen die Erde bevölkern, schon 2050 könnten es über neun Milliarden sein. Verantwortlich dafür ist vor allem das rasante Bevölkerungswachstum in Entwicklungsregionen. „Mangelnder Zugang zu Sexualaufklärung und modernen Verhütungsmitteln ist dabei ein wesentlicher Faktor“, betont SPÖ-Entwicklungssprecherin Petra Bayr. Sie fordert daher langfristige Strategien für Bildung und Gesundheitsversorgung. „Familienplanung spielt dabei eine entscheidende Rolle und darf in der Entwicklungspolitik nicht zu kurz kommen“, so die SPÖ-Abgeordnete.

Was für Österreich und Europa selbstverständlich ist – nämlich der problemlose



SPÖ-Entwicklungssprecherin Petra Bayr fordert zehn Prozent der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit für Projekte für mehr sexuelle und reproduktive Gesundheit.

Zugang zu Verhütung und die damit verbundene Möglichkeit der Familienplanung – gibt es längst nicht überall. „215 Millionen Frauen weltweit haben keinen Zugang zu modernen Verhütungsmitteln“, berichtet

Bayr. Ein Zustand, der so nicht haltbar ist.

Bayr kritisiert: Österreich nahezu inaktiv

Österreich ist in dieser wichtigen entwicklungspolitischen Frage leider alles andere als ein Musterschüler. Das belegt eine parlamentarische Anfrage vom Sommer diesen Jahres. Daraus geht hervor, dass für Entwicklungsarbeit mit Schwerpunkt sexueller und reproduktiver Gesundheit nur 1,14 Prozent der

Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden. Eine entsprechende Richtlinie schreibt zehn Prozent vor. „Außenminister Spindelegger ist gefordert, hier tätig zu werden“, sagt Bayr. ♦

BIOGRAFIE

„Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden“

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer beschreibt ihren beeindruckenden Werdegang nun in einem Buch. SPÖ-Klubobmann Josef Cap würdigt das Werk als Aufruf zur aktiven Teilnahme an der Demokratie.



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer will mit ihrem Buch zur aktiven Teilnahme an der Demokratie ermutigen.

Der SPÖ-Parlamentsklub hat zur Präsentation des jüngst erschienenen Buches von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ins Hohe

Haus geladen. Mehr als 200 Gäste, darunter Prominente aus Politik, Kunst und Kultur, folgten. „Ich wollte mit diesem Buch den Dialog mit den Menschen anregen und durch die Schilderung meiner bisherigen politischen Erfahrungen zu mehr Demokratieverständnis und Partizipation beitragen“, sagte Prammer. Unter dem Titel „Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden. Neue Antworten auf alte Fragen“ schildert Prammer nicht nur die wichtigsten Stationen

ihres politischen Werdeganges, sondern bietet auch einen Ausblick, woran sich Politik in Zukunft orientieren soll. „Schon der Titel, ein Zitat von Christian Morgen-

stern, beschreibt ihr politisches Schaffen genau, da sie nie von ihren Idealen und moralischen Vorstellungen abgewichen ist“, betonte Josef Cap in seiner Rede. ♦



Barbara Prammer: „Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finden. Neue Antworten auf alte Fragen.“

Verlagsgruppe Styria, Wien 2011; 240 S., 24,99 €. Das Buch ist ab sofort in der Buchhandlung Löwelstraße erhältlich.



EURO

Griechenland-Hilfe sichert Wirtschaftsstandort Österreich

Die Finanzhilfe für Griechenland sichert die Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro. Und das ist im ureigensten Interesse Österreichs.

„Gerade für kleine, nach außen gerichtete Volkswirtschaften wie Österreich ist die Stabilität des Euro wichtig.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

Die beschlossenen Aufstockungen der Haftungen für den Euro-Rettungsschirm sind notwendig, um ein Übergreifen der Krise auf andere EU-Länder zu verhindern. Besonders ein kleines Land wie Österreich, dessen Wirtschaft auf Exporte angewiesen ist, hat daran großes Interesse. „Gerade für kleine, nach außen gerichtete Volkswirtschaften wie Österreich ist diese Stabilität wichtig. Wir sichern damit die Beschäftigung im eigenen Land und den Wirtschaftsstandort



Der Rettungsschirm stabilisiert den Euro und indirekt auch Österreichs Wirtschaft.

Österreich“, sagt SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer. Der Euro habe den europäischen Staaten Stabilität gebracht und Österreichs

Exportwirtschaft gestärkt. Ohne den Euro würden die europäischen Währungen zum Spielball der Spekulation, so Krainer.

Aus der Krise herausinvestieren

Krainer warnt eindringlich davor, die falschen Lehren aus der Krise zu ziehen und sich rein auf Sparmaßnahmen zu konzentrieren. „Es ist wichtig, dass wir nicht tiefer in die Krise hinein sparen, sondern aus der Krise herausinvestieren“, unterstreicht Krainer. Besonders besorgt ist er über die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Staaten. „In einem Drittel der Staaten liegt die Jugendarbeitslosigkeit über 20 Prozent. Das schreit nach Notmaßnahmen“, sagt der SPÖ-Finanzsprecher. ♦

ATOM-AUSSTIEG

Experten-Hearing im Parlament

Durch die Katastrophe von Fukushima wurden der Welt erneut die Risiken der Kernkraft vor Augen geführt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist daher dringender denn je.

Der Petitionsausschuss des Parlaments wird sich darum im Rahmen eines Experten-Hearings eingehend mit dem Thema befassen. „Durch die Fukushima-Katastrophe vor einem halben Jahr wurde wieder deutlich, welche unvorhersehbaren Gefahren von Atomkraftwerken ausgehen. Umso wichtiger ist es, sich intensiv mit Atom-Ausstiegsmöglichkeiten auseinanderzusetzen“, ist SPÖ-Petitionssprecherin Rosa Lohfeyer überzeugt. Ausgangspunkt war eine Anti-Atom-Initiative von Global 2000 mit mehr als 500.000 Unterschriften, die im Parlament eingebracht wurde, sowie Petitionen von zahlreichen Gemeinden zu diesem Thema. ♦

SPÖ-Petitionssprecherin Rosa Lohfeyer will gemeinsam mit Experten über den internationalen Atomausstieg beraten.



SPÖ SPÖ

DATENSCHUTZ

Anonymus: Weder sexy noch cool

Nachdem der Österreich-Ableger der Internet-Aktivisten-Gruppe Daten von 25.000 Polizisten ins Netz gestellt hat, richtet SPÖ-Konsumentenschutzsprecher und Vorsitzender des Datenschutzrates Johann Maier einen offenen Brief an Anonymus.

Vor allem stößt sich Maier daran, dass die Anonymus-Aktivisten die Veröffentlichung der Daten als Protest gegen die Vorratsdatenspeicherung verkaufen: „Die Polizistinnen und Polizisten sind nicht jene, die Antiterrorgesetze oder die Vorratsdatenspeicherung beschließen.“ Weiters kritisiert Maier,

dass die veröffentlichten Privatadressen nun „weltweit einsichtig, in hunderten Internet-Foren“ zu finden sind und dass auch die Familien der Betroffenen unter der Veröffentlichung zu leiden haben. ♦

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier übt scharfe Kritik an der Veröffentlichung sensibler Daten durch Anonymus.



WIEN

Gutes Zeugnis für die SPÖ Wien



Die größte Mitgliederbefragung in der Geschichte der SPÖ Wien ergab: Die überwiegende Mehrzahl ist zufrieden mit der Arbeit der Stadtpartei - von Politikverdrossenheit keine Spur.

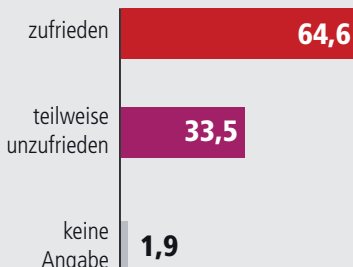
Unter dem Motto „Mitreden. Mitmachen“ wurden in diesem Sommer zehntausende Mitglieder über die Zufriedenheit mit der Arbeit ihrer Partei und über gesellschaftspolitische Themen befragt. Erstmals wurden auch offene Fragen gestellt, die es erlaubten, Kritik und Anregungen vorzubringen. Das Feedback war überwältigend: Über 7.000 Fragebögen wurden ausgefüllt, 50.000 individuelle Wünsche und Kritikpunkte ausgewertet.

Gut vertreten

80 Prozent der Mitglieder fühlen sich auf Bezirks- und Stadtebene gut vertreten.

Ergebnis der Mitgliederbefragung

Zufriedenheit mit der SPÖ Wien in Prozent



Quelle: TrendCom Consulting Ges.m.b.H. | Grafik: SPÖ

Mit der Arbeit der Wiener SPÖ in den letzten Jahren insgesamt zufrieden sind 65 Prozent. Besonders hervorgehoben werden der gute öffentliche Verkehr, die Stadtentwicklung, soziale Sicherheit und Infrastrukturen wie der Gratiskindergarten. Für vier von fünf Mitgliedern ist die Wiener SPÖ ein vertrauenswürdiger Ansprechpartner. Bemerkenswert: Mehr als

die Hälfte fühlt sich durch die Nähe zur Wiener SPÖ ermutigt, auch selbst politisch aktiv zu werden. Je jünger die Mitglieder, desto höher ist diese Bereitschaft. Von Politikverdrossenheit kann bei den SPÖ-Mitgliedern also keine Rede sein. Doch es gibt auch Verbesserungsbedarf, für rund ein Drittel etwa beim Thema Integration.

Klar ist der Handlungsauftrag an die Partei bei konkreten Fragen der Gerechtigkeit. Wichtig ist den Mitgliedern etwa leistbares Wohnen und der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung.

Aktiv mitgestalten

Die SPÖ Wien will ihre Mitglieder auch weiterhin aktiv einbinden. So werden in den kommenden Wochen insgesamt sieben nach Wahlkreisen geordnete Mitgliederforen veranstaltet. Anfang 2012 wird dann eine große Wien-Konferenz stattfinden. ♦

JUNGE GENERATION

Generationswechsel im Bundessekretariat



In diesem Sommer standen der JG einige Veränderungen ins Haus. Katharina

Weninger und Andreas Stadlmayr folgten Andrea Katz im Bundessekretariat nach. Katz wechselte als Bezirksgeschäftsführerin nach Meidling.

Die 25-jährige Studentin der Politikwissenschaft Katharina Weninger kann bereits auf einige berufliche und politische Erfahrungen zurückblicken. So arbeitete sie unter anderem für den Radiosender Ö3 und im Büro von SPÖ.direkt. In Meidling ist sie stellvertretende JG-Vorsitzende. „Die Arbeit mit und für junge Menschen in der Sozialdemokratie ist spannend und abwechslungsreich und wichtig für die Zukunft unserer Bewegung“, so Weninger über ihre politische Motivation. Auch der 20-jährige Oberösterreicher Andreas Stadlmayr engagiert sich schon seit langem in der SPÖ. Bereits mit 19 Jahren wurde er in den Laakirchner Gemeinderat



Als JG-Bundessekretärin will sich Katharina Weninger vor allem mit den Themen Integration, Frauen und Bildung auseinandersetzen.



„Ich möchte die Politik aktiv mitentscheiden. Darum engagiere ich mich in der Sozialdemokratie“, sagt JG-Bundessekretär Andreas Stadlmayr.

Klare Ziele vor Augen

Die beiden Bundessekretäre freuen sich auf ihre neuen Aufgaben: „Durch meine neue Position habe ich die Möglichkeit, meine Ideen und meine Vorstellungen von Politik direkt in meine Arbeit einfließen zu lassen“, sagt Weninger. „Als Bundessekretär kann ich auch bundespolitische Ereignisse, vor allem für junge Men-

gewählt. Der Student der Geschichte und Germanistik ist außerdem Bezirksbildungsvorsitzender in Gmunden und gewähltes Mitglied im Landesvorstand der JG Oberösterreich. Auch er war zuletzt Mitarbeiter der SPÖ-Bürgerservicestelle SPÖ.direkt.

schen, direkt mitgestalten“, bestätigt Stadlmayr. Erklärtes Ziel der beiden Jung-Politiker: Gemeinsam wollen sie die Junge Generation als Sprachrohr für alle 18- bis 38-Jährigen weiter stärken und mit neuen, spannenden Projekten vorantreiben. ♦

ACUS-BUNDESKONGRESS

Werte haben Namen



ACUS

„Die Menschen sehen an unserer Praxis, dass sich viele Christinnen und Christen für linke Politik einsetzen“, betonte ACUS-Bundvorsitzender Matthias B. Lauer.

NCU Welche Werte brauchen wir heute? Gibt es eine nicht überwindbare Kluft zwischen Grundwerten und politischer Realität? Diesen und weiteren Fragen wurde im Rahmen des Acus-Bundeskongresses nachgegangen.

Der Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie

Wertediskussion. „Die Gesellschaft muss weg vom Egoismus hin zu mehr Solidarität, Zivilcourage und Gerechtigkeit“, so Kräuter.

Wertediskussion

Im Rahmen des Kongresses gab es zahlreiche interessante Vorträge und Debat-

ten, mit dem Ziel, zu einer sozialeren und demokratischeren Welt beizutragen. „Eine glaubwürdige Politik der Sozialdemokratie braucht Grundsatztreue und Zivilcourage“, erklärte der im Rahmen der Generalversammlung neugewählte ACUS-Bundvorsitzende Matthias B. Lauer: „Dies erfordert besonders eine klare Werthaltung gegen neoliberale Krisenstrategien, Entsolidarisierung und die Aufspaltung zwischen Einheimischen und Migranten.“

Besonders wichtig sei die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, der interreligiöse Dialog und das Engagement gegen Antisemitismus und Islamophobie. „Genau dieser Ruf nach einer solidarischen und menschlichen Politik, Werte auf denen die Sozialdemokratie von Beginn an basiert, muss in einer Zeit, wo wir noch immer die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise spüren, wieder mehr Beachtung geschenkt werden“, so Kräuter. ♦

BURGENLAND

Mach die Welt, wie sie dir gefällt



In Kooperation mit den SP-Bundesfrauen starten die Sozialdemokratinnen im Burgenland eine Ideenwerkstatt, die sich speziell an junge Frauen und Mädchen richtet.

Mit dem Projekt „Mach die Welt, wie sie dir gefällt“ wenden sich die SPÖ Frauen an weibliche Jugendliche, die kreativ sind und ihre Ideen gerne umsetzen möchten. Bis zum 31. Oktober haben die Jugendlichen Gelegenheit, ihre Projektideen einzureichen. „Wir wissen, dass junge Frauen ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen und ihre eigenen Ideen haben, wie sie ihre Welt gestalten möchten“, so Landesrätin Verena Dunst. „Mädchen und junge Frauen sind die besten Expertinnen, wenn es um die Interessen, Wünsche und Visionen ihrer Altersgruppe geht“, erklärt auch Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. „Wir bieten mit ‚Mach die Welt, wie sie dir gefällt‘ eine Möglichkeit, diese Ideen in konkrete Projekte umzuwandeln.“ ♦



Unter professioneller Anleitung können jungen Frauen ihre Idee zu einem Projekt ausarbeiten.

SPÖ Bgld.

TIROL

Auer: Pausen für Pflegende finanziell unterstützen



Nationalratsabgeordneter Josef Auer, Bürgermeister von Radfeld, greift pflegenden Personen mit finanzieller Unterstützung unter die Arme.

In seiner Heimatgemeinde bekommt jede zu pflegende Person ab „Pflegestufe 3“ einen Betrag von 10 Prozent des Pflegegeldes von der Gemeinde überwiesen. Diese Unterstützung dient der Finanzierung einer „Ersatz-Betreuung“, damit Pflegende, die unter enormen Einsatz Menschen betreuen, eine Auszeit – zum Beispiel für Arzttermine, Behördenwege oder einfach zum „Kräfte sammeln“ – nehmen können. „Nur mit Unterstützung können Pflegende diese verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen, ohne selbst gesundheitlichen Schaden zu erleiden“, sagte Auer bei der Präsentation des Sozial- und Jugendwohlfahrtsberichts 2009/10. ♦



NR-Abg. Josef Auer will die Situation pflegender Personen verbessern.

Gattlinger



Zinner

Wieso Reichensteuern?

Es spricht sich herum: Große Unterschiede zwischen Arm und Reich in einer Gesellschaft sind nicht nur moralisch schlecht sondern auch schlecht für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

„Je mehr Geld in den Händen Weniger, desto höher die Bereitschaft zu Risiko und Spekulation.“

Selbst die – nicht unbedingt als Linke geltenden – Ökonomen des Internationalen Währungsfonds und amerikanischer Universitäten sehen die enorme Einkommens- und Vermögensungleichheit in den USA als einen wesentlichen Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre. Der Zusammenhang liegt auf der Hand: Je geringer die Einkommen der breiten Masse, desto weniger Geld für Konsum. Je mehr Geld in den Händen Weniger, desto höher die Bereitschaft zu Risiko und Spekulation. Weniger Geld fließt in die Realwirtschaft und immer mehr in die Finanzwirtschaft. Die Instabilität der Wirtschaft und die Gefahr von Spekulationsblasen nehmen zu.

In den letzten Jahrzehnten haben beinahe ausschließlich die Superreichen dazugewonnen. Das oberste Prozent der amerikanischen Bevölkerung streicht heute 20 Prozent des Einkommens ein. Vor 30 Jahren war es nicht einmal die Hälfte. Noch extremer ist das Bild, wenn wir die Wohlhabendsten 0,01 Prozent betrachten – sie kassieren mehr als fünf Prozent des Einkommens. Anfang der 80er Jahre war es noch ein Prozent. In Österreich zeigt sich eine ähnliche Tendenz – die reichsten zehn Prozent besitzen 61 Prozent des



US-Präsident Franklin D. Roosevelt bekämpfte mit hohen Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und große Erbschaften das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich.

Immobilienvermögens und mehr als 54 Prozent des Geldvermögens.

In Verbindung mit deregulierten Finanzmärkten und großen wirtschaftlichen Ungleichgewichten, führt die hohe Einkommens- und Vermögensungleichheit zu einer explosiven Mischung, die uns in die Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat.

Die gute Nachricht: Es gibt erprobte Lösungen. In den Vereinigten Staaten ging der großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre eine ähnliche Entwicklung voraus, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Eine

kleine Gruppe wurde immer reicher während die breite Masse sich abstrampeln musste oder verarmte. Durch die Politik von Franklin D. Roosevelt (US-Präsident von 1933 bis 1945) wurde die Gesellschaft wesentlich gleicher. Ein wichtiger Baustein: Hohe Steuern auf hohe Einkommen, auf hohe Vermögen und auf große Erbschaften. Innerhalb einer Generation halften diese Steuern die Unterschiede zwischen Arm und Reich in den Vereinigten Staaten zu halbieren. Erst mit der Wahl von Ronald Reagan zum US-Präsidenten 1979 und dem Beginn der neoliberalen Politik („Reaganomics“) begann die Kluft zwischen Arm und Reich wieder größer zu werden.

Was bedeutet das nun für uns? In Österreich werden durch Arbeit ca. 180 Milliarden Euro im Jahr verdient. Steuern und Abgaben auf Arbeit und Konsum betragen mehr als 80 Milliarden Euro, also mehr als 40 Prozent. Durch Kapital und Vermögen werden jedes Jahr ca. 100 Mrd. Euro verdient, die Steuerleistung dafür ist weniger als 20 Milliarden Euro, also nicht einmal 20 Prozent. Daher sind höhere Steuern auf Vermögen und Kapitaleinkommen bei gleichzeitiger Senkung von Steuern und Abgaben auf Arbeitseinkommen ein Gebot der Stunde. Nicht nur weil es gerecht ist, sondern auch weil es wirtschaftlich vernünftig ist! ♦

Jan Krainer ist seit 2007 Budget- und Finanzsprecher des SPÖ-Parlamentsklubs.

„Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs in Tirol

Drei Tiroler Mandatäre – Nationalratsabgeordnete und SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm, Nationalratsabgeordneter Josef Auer, und Bundesrat Hans Schweigkofler – luden zum „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs. Peter Pointner, Klubsekretär des SPÖ-Nationalratsklubs und Mode-

rator im „Österreich 2020“-Prozess, referierte vor etwa 50 Interessierten zum Thema „Das Fremdenrechtspaket 2011 – Mythos und Wirklichkeit“. Einen Bericht über den Vortrag und über die anschließende ausführliche Diskussion wird es in Kürze auf **www.oe2020.at** geben.

Für die Homepage **www.oe2020.at** sind einige neue Features in Arbeit, die Berichte und Informationen aus dem Österreich 2020 Prozess noch anschaulicher darstellen und leichter auffindbar machen werden. Sobald diese online verfügbar sind werden wir in den Net News darauf hinweisen. ♦

TERMINKALENDER

Montag, 3. 10. – Sonntag 9. 10.

Geburtstagswoche: „WUK 30 – und es wächst“

Das WUK bedeutet 30 Jahre Freiraum in der Stadt Wien. Erfolgreiche Selbstverwaltung. Progressive Kunst und Kultur. Bildung für Alle. Und es wächst. Zum runden Geburtstags tag schöpft eines der vielfältigsten Kulturhäuser Europas aus dem Vollen! Eine Woche lang präsentiert sich das WUK entlang seiner Themenschwerpunkte jeden Tag neu! Entstanden ist dabei ein gewaltiges Programm. Denn was die Geburtstagswoche zu bieten hat, ist Werk und Arbeit der Gruppen, Initiativen und Künstler, die in diesem Haus ihre Heim- und Arbeitsstätte gefunden haben. Eröffnet wird die Veranstaltung am 3. Oktober unter andern durch Claudia Schmied, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, Michael Häupl, Bürgermeister der Stadt Wien, Andreas Mailath-Po-

korny, Stadtrat für Kultur und Wissenschaft und Rudi Bachmann, Vorstand WUK Werkstätten- und Kulturhaus. Programm unter: www.wuk.at/WUK30

Beginn: 17.00 Uhr

WUK

Währingerstraße 59, 1090 Wien

Donnerstag 6. 10.

Quadrige 09: „Das Ende des Privaten“

Folgende vier Bücher werden diesmal präsentiert und dienen als Diskussionsbasis: Miriam Meckel, „NEXT. Erinnerungen an eine Zukunft ohne uns“, Viktor Mayer-Schönberger, „Delete“, Christian Stöcker, „Nerd Attack“ und Constanze Kurz, Frank Rieger, „Die Datenfresser. Wie Internetfirmen und Staat sich unsere persönlichen Daten einverleiben und wie wir die Kontrolle darüber zurückerlangen“. Diskutiert wird mit allen genannten Autoren über das Thema Internet. Denn das Internet hat die Grenze zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen durchlässig gemacht. Anmeldung:

veranstaltungen04@parlament.gv.at

Beginn: 18.30 Uhr

Palais Epstein,

Dr. Karl Renner Ring 1, 1010 Wien

Freitag 7. 10.

Veranstaltung: „Kinder sind die Zukunft“

Bei dieser Veranstaltung, durchgeführt vom Österreichischen Jugendrotkreuz in Kooperation mit der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, werden Kinder und Jugendliche ihren Standpunkt zu Kinderrechten präsentieren und dazu mit Expertinnen und

Experten diskutieren. Denn die im Rotkreuzgesetz definierte Aufgabe des Jugendrotkreuzes ist es, Humanität an allen Schulen bewusst erlebbar zu machen. Das Jugendrotkreuz steht für die Vermittlung von demokratischen, humanitären und sozialen Werten, der Förderung von Selbst- und Sozialkompetenz. Denn nur jene junge Menschen, die ihre Rechte kennen, können sie auch selbst einfordern. Anmeldung:

veranstaltungen13@parlament.gv.at

Beginn: 09.00 Uhr

Lokal VI, Parlament,

Dr. Karl Renner Ring 3, 1010 Wien

Montag, 17. 10.

Vortrag: „Frauen in der Westsahara – Gender und nationale Identität im Exil“

20 Jahre nach Ausrufung des Waffenstillstands mit Marokko gilt die Westsahara heute noch immer als „letzte Kolonie Afrikas“, große Teile der Bevölkerung leben in Flüchtlingslagern in Algerien. Während der kriegsbedingten Abwesenheit der Männer haben Frauen beim Aufbau der neuen Gesellschaft im Exil eine tragende Rolle eingenommen. Die Politikwissenschaftlerin Maria Mayrhofer untersucht in ihrem Vortrag die Auswirkungen von nationaler Identität und Konflikt auf die Situation der Frauen in den Flüchtlingslagern der Westsahara.

Die Veranstaltungsreihe „femmes globales“, in deren Rahmen dieser Vortrag stattfindet, setzt sich zum Ziel, verschiedene frauenspezifische Themen mit internationalen Expertinnen zu diskutieren.

Beginn: 18.30 Uhr

ega: frauen im zentrum,

Windmühlgasse 26,

1060 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,

Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfotos: Thomas Lehmann

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags Gmbh, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: a-Print, Klagenfurt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

Komm an Deck!

Nicht erst seit der Präsentation des Volksbegehrens unter dem Motto „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ ist das Thema Bildung in aller Munde. Die vor kurzem präsentierte Webseite www.bildungsdeck.at dient als Schnittstelle zwischen Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Pädagoginnen und Pädagogen. Auf dem Bildungsdeck laufen Nachrichten, Blogbeiträge und Videos zum Zukunftsthema Nummer 1 zusammen. Da-

neben findet man Buchempfehlungen, weiterführende Materialien und interessante Webtipps. Abgerundet wird das Ganze durch eine aktive zivilgesellschaftliche Community. Selbstredend ist das Bildungsdeck auch mit allen wichtigen Social-Media-Diensten wie Facebook und Twitter vernetzt. Betreiber der Seite ist der Verein „Bildungsinitiative für die Zukunft“, der auch das Bildungsvolksbegehren initiiert hat. ♦

www.bildungsdeck.at





Alkohol-Prävention

Verkehrsministerin Doris Bures hat im Rahmen des Präventionsprojekts gegen Alkohol am Steuer „Close to“ die Lehrlinge der ÖBB-Lehrwerkstätte Floridsdorf besucht. „Close to“ soll Jugendliche davor bewahren, betrunken Auto zu fahren.

Antirassismus-Aktion

Staatssekretär Andreas Schieder hat im Rahmen der Aktion „Fußball hat viele Gesichter“ Dressen an der Verein „AC Sportivo Wien“ übergeben. Damit beteiligen sich nun schon über 100 Wiener Fußballvereine an der Aktion und setzen ein sichtbares Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit.



AC Sportivo



Preis-Vergabe

Vor kurzem hat Medienstaatssekretär Josef Ostermayer (im Bild mit Preisträger Philipp Horak, Preisträger Ashwien Sankholkar und News-Verlagsgruppenchef Axel Bogocz) den Alfred-Worm-Preis verliehen. Der Preis wird alljährlich auf Basis der Entscheidung einer unabhängigen Jury für investigativen Journalismus vergeben.



Gallhofer

Steiermark-Tage

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (im Bild mit Bundesrätin Johanna Köberl, Bürgermeister Rudolf Hakel und SPÖ-Abgeordneter Elisabeth Hakel) war im Rahmen seines Steiermark-Tags auch im Bezirk Liezen zu Besuch. Dort besichtigte er u.a. die Maschinenfabrik Liezen und sprach mit den Arbeiterinnen und Arbeitern.